



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/287 - 17. Dezember 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Bonn muß jetzt aktiv werden! Nach der Pariser Nato-Tagung Von G. Markscheffel	73
3 - 4	Griechenland und die Blockpolitik Von unserem Belgrader Korrespondenten Harry Schleicher	72
5 - 6	Honnet für Kaffee und Kuchen Wie groß muß der Monatewechsel des Studenten heute sein?	95
7	Reinefarth Kein Ruhmesblatt für die neue deutsche Demokratie	37

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Bonn muß jetzt aktiv werden:

Von G. Markscheffel

Wie vorauszusehen war, hat nun auch der Atlantikrat in Paris die Stellungnahme der Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik vom vergangenen Sonntag zur Berlin-Frage gebilligt. Den Chruschtschow-Vorschlägen wurde ein klares "Nein" entgegengesetzt. Der Atlantikrat ist aber weitergegangen. Er hat in seinem Kommuniqué die Bereitschaft des Westens erklärt, über Deutschland als Ganzes, sowie über die europäische Sicherheit und die Abrüstung mit den Sowjets zu verhandeln.

Das ist vernünftig, denn wenn man nur bei dem "Nein" zu Chruschtschows Berlin-Vorschlägen geblieben wäre und nicht wenigstens angedeutet hätte, daß der Westen die Lösung des Berlin-Problems im Rahmen gesamtdeutscher und gesamteuropäischer Erörterungen suchen will, wäre die ungeheure Gefahr heraufbeschworen worden, bald vor neu von Moskau geschaffene Tatbestände gestellt zu werden. Diese Gefahr ist noch keineswegs gebannt. Sie kann morgen schon auf uns zukommen, und wenn sich der Westen nicht bemüht, die im Abschlußkommuniqué des Atlantischen Rats angedeuteten Möglichkeiten für weitere Verhandlungen zu präzisieren, kann es sein, daß die Berliner Bevölkerung und damit auch wir alle in der Bundesrepublik in eine noch kritischere Situation hineingeraten, als sie es ohnehin schon ist.

Bonn ist gewiß nicht der Mittelpunkt des europäischen Geschehens. Es hat aber gerade jetzt die Aufgabe, mehr für die Beseitigung der Krise zu tun, als es bisher getan hat. Auch während der NATO-Tagung in Paris konnte man oft das Wort hören, die westlichen Alliierten könnten schlechterdings für die Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr tun, als die Deutschen selbst zu tun bereit sind. Das ist eine Mahnung von westlicher Seite, die in Bonn nicht überhört werden sollte. Wenn es zutrifft, daß die deutsche Regierungsdelegation im Atlantischen Rat sich nicht besonders angestrengt hat, um dafür zu sorgen, daß in Abschlußkommuniqué die Berlin-Frage in einem Zusammenhang mit dem Deutschland-Problem, der europäischen Sicherheit und der Abrüstung gebracht wird, dann wäre das eine schlechte Politik. Auffallend ist jedenfalls, daß der Bundespresseschef von Eckardt in seiner Pressekonferenz nach Abschluß der Sitzung des Atlantischen Rats diese Frage nicht angesprochen hat.

Die jetzt zu lösenden Probleme sind ein Ganzes. Wie schon seit langem vorauszusehen war, kommt auf uns in Westdeutschland die Frage zu, welche Vorstellungen wir zu den Ideen einer militärisch verteidigten und international kontrollierten Zone in Mittel-

europa haben. Im Zusammenhang damit steht die Problematik des Friedensvertrages für Deutschland, die nach dem jetzigen Stand der Dinge eine Klärung des Verhältnisses der beiden Teile Deutschlands zueinander erforderlich macht.

Man hat in den letzten Jahren viele Gelegenheiten versäumt, um "billiger" als jetzt an die Erörterung gerade dieses Problems heranzukommen. Gewiß ist jetzt nicht der Zeitpunkt für Polemiken, aber Ausgangspunkt aller neuen Überlegungen sollte doch die inzwischen allseits bekanntgewordene Tatsache sein, daß frühere Warnungen aus Moskau nicht in den Wind gesprochen wurden. Diesen Warnungen folgte jedesmal ein neuer politischer Akt, dessen Bedeutung bestimmt wohl auch diejenigen erkennen dürften, die sich heute darüber freuen, daß der Westen die Berlin-Vorschläge Chruschtschows mit einem klaren "Nein" beantwortet hat.

Es wäre sehr schlimm für uns, wenn die jetzt erforderlichen über das "Nein" hinausgehenden Schritte ohne deutsche Initiative zustande kämen. Wer die Tagung in Paris miterlebt hat, konnte sich mitunter des Eindrucks nicht erwehren, als beurteilte dieser oder jener westliche Delegationsführer die Situation wesentlich realistischer als die offiziellen Interpreten der Bonner Politik.

Wir werden klarer sehen, wenn die Westmächte Chruschtschows Noten zur Berlin-Frage beantwortet haben. Das soll bekanntlich noch in diesem Jahr geschehen. Wenn es gelingt, - und zwar, wie wir hoffen, mit deutscher Initiative - diese Antworten so zu formulieren, daß der im letzten Absatz des Pariser Atlantikrat-Kommuniqués klar zum Ausdruck gekommene Gedanke (wir meinen damit die Verbindung des Berlin-Problems mit Verhandlungen über Deutschland als Ganzes, über das Problem der europäischen Sicherheit und die Abrüstung) durch konkrete Vorschläge ergänzt wird, könnte noch Einiges gerettet werden.

Es ist aber höchste Zeit! Die Gerügung über das klare "Nein" unserer westlichen Freunde zu Chruschtschows Berlin-Vorschlägen sollte niemanden darüber hinwegtäuschen, daß die Situation für Berlin, für Deutschland und für die Sicherheit Europas nach wie vor sehr kritisch ist und von uns höchste Wachsamkeit und politische Aktivität erfordert.

+ + -

Griechenland und die Blockpolitik

Von unserem Belgrader Korrespondenten Harry Schleicher

Wenigstens bislang ist die Formel von der "aktiven Assistanz" im Sinne einer blocklosen jugoslawischen Außenpolitik in griechischen Regierungskreisen nicht vernommen worden. Trotzdem fand die Zypern-Debatte im griechischen Parlament in Belgrad eine starke Beachtung. Darin äußerte der griechische Außenminister Averoff, die Regierung in Athen lehne eine NATO-Politik ab, die Griechenland ausschließlich zum Befehlsempfänger verwandeln möchte, und betonte, man werde in Athen auch weiterhin eine Politik führen, die sich von der Politik der übrigen NATO-Mitglieder radikal unterscheide.

Diese Rede bewies nur einmal mehr, daß die "geeinte" Südfianke der NATO bereits seit geraumer Zeit nur eine Fiktion ist und machte deutlich, daß Athen nicht abgeneigt ist, in der Zypern-Frage gegebenenfalls auch die NATO-Karte zu spielen. Bisher schien man jedoch nicht bereit, alle Prümpfe in diesem Spiel stechen zu lassen, wengleich schon im Juni der griechische Ministerpräsident Karamanlis bei der Parlamentsöffnung darauf hinwies, das Zypern-Problem drohe die NATO zu sprengen.

Die erheblichen Wandlungen, die die griechische Außenpolitik in letzter Zeit erfahren hat, haben einige reale außenpolitische Voraussetzungen. Der veränderten politischen Konstellation auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer ist bereits ein anderes Bündnis faktisch zum Opfer gefallen: der Balkan-Pakt. Dieses Bündnis zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei, 1953/54 unter dem Eindruck des griechischen Bürgerkrieges und der Kominformresolution geschicket, diente nicht zuletzt dem Ziel, Jugoslawien an die westlichen Bündnisssysteme in einer locken Form anzugliedern. Unter dem auseinanderstrebenden Zug der drei beteiligten Partner brach es jedoch zusammen, bevor es überhaupt mit Leben gefüllt worden war. Schreichtschow nahm 1955 von Jugoslawien die aktuelle Angst einer Bedrohung. Andererseits begann seit 1954/55 der Zypern-Streit, die ohnehin fragliche Waffengemeinschaft zwischen Griechenland und der Türkei zu zersetzen. Einige andere Ereignisse bewirkten noch zusätzlich, daß die Politik dieser beiden Staaten in einen immer stärkeren Gegensatz geriet. Während sich die Türkei durch den Zusammenschluß Ägyptens und Syriens und das Ausbrechen des Irak aus

dem Bagdad-Pakt an seinen südlichen Grenzen unsicher zu fühlen begann, entdeckte Athen in der panarabischen Bewegung und den Bondung-Staaten nicht zu unterschätzende "antikoloniale Bundesgenossen".

Dieser Gesichtspunkt wurde für Griechenland in dem Maße bedeutender, als man die Hoffnung zu verlieren begann, die Cypern-Frage auf dem Wege direkter Verhandlungen mit London zu lösen. In dem Augenblick, da das Cypern-Problem der UNO vorgelegt wurde, kam es für die griechische Regierung darauf an, eine möglichst breite Unterstützung seiner Anschauungen vor dem Weltforum zu finden. Da sie infolge des englisch-türkischen Übergewichts in der NATO mit einer Unterstützung durch die NATO-Partner nicht rechnen konnte, galt es, diese Unterstützung gegen die NATO zu mobilisieren. Die UN-Debatte über Cypern hat in Athen nicht nur eine starke Verstärkung auch gegen die USA hinterlassen, sondern noch einmal deutlich werden lassen, wie weit Griechenland bei seinen Aktionen auf die vorwiegend blocklosen Staaten Asiens und Afrikas angewiesen ist. Auch in Athen hat man das Symbol von Akkra mit seiner Parole "Afrika den Afrikanern" nicht übersehen. Da Griechenland von diesen nachdrängenden Kräften einmal profitieren könnte, ergeben sich für die griechische Außenpolitik einige gänzlich neue Aspekte.

Auf diesem Hintergrund erhält die gegenwärtige Reise des jugoslawischen Staatsoberhauptes Tito auch für Athen eine aktuelle Bedeutung. Die griechische Regierung scheint nicht uninteressiert, von dem politischen und moralischen Einfluß Jugoslawiens in der blocklosen Welt Asiens und Afrikas einen Abglanz durch eine weitere Annäherung an Belgrad zu erhaschen. Die Reise Titos ist jedoch auch für Griechenland noch unter einem anderen Gesichtspunkt interessant: Trotz des dauerbrennenden Kominformkonfliktes hat es diesmal an den jugoslawischen Grenzen kein Säbelschellen gegeben. Daß der jugoslawische Staatsoberhaupt trotz der Kampagne seine "kleine Weltreise" antreten konnte, wird auch in Griechenland zu der Einsicht beitragen, daß sich die Außenpolitik des Kreml seit 1948 nicht unerheblich gewandelt hat.

Das Gefühl einer unmittelbaren Bedrohung durch die Sowjetunion war in Griechenland ohnehin nicht allzu stark ausgeprägt. Solche Stimmungen, die sich innenpolitisch in dem starken Anwachsen einer linken Opposition ausdrücken, dürften den Boden für eine weitere Umorientierung der griechischen Außenpolitik bereiten. Eine weitere Annäherung Griechenlands an die Achse Belgrad-Kairo würde zumindest in Belgrad nicht überraschen.

### Honnef für Kaffee und Kuchen

Wir lesen im "Diskus" einer  
Frankfurter Studentenzeitung:

In der Veröffentlichung: "Das soziale Bild der Studentenschaft" von Gerhard Kath finden wir Zahlen, die für die Studenten errechnet wurden. Zum Beispiel für Studenten, die am Hochschulort in Untermiete wohnen und deren Eltern bei größeren Ausgaben, wie Kleidung, Hilfe leisten. Die Aufstellung wurde 1955 für das Jahr 1956 gemacht. Hier einige interessante Werte. Für Miete wurden 40 DM angesetzt, je Monat, für Lernmittel 10 DM, für Nebenausgaben insgesamt 16 DM, wobei für Theater, Konzert oder Film 3 DM, für Tanzveranstaltungen, Ausflug oder Zigaretten 7,50 DM angesetzt wurden. Die Gesamtaufstellung:

Wohnung, einschließlich Verkehrsmittel	56,00 DM
Verpflegung, für den Tag	3,10 DM
Kleidung	18,00 DM
Hygiene	6,00 DM
Lernmittel	10,00 DM
sonstige Nebenausgaben	16,00 DM

Dies sind die unbedingt notwendigen Ausgaben des Einzelnen. Keiner, der diese Zahlen ernsthaft prüft, wird Acstriche vornehmen können.

Heute schreiben wir 1958. Der Preisindex für Ernährung lag 1956 noch bei 119 (Basis 1950 = 100) heute liegt er bei 127. Für Heizung und Beleuchtung stieg er von 132 auf 140 und bei Wohnungen von 117 auf 120. Rechnet man 1950 als Lebenshaltung für einen 4 Personen-Arbeiterhaushalt der mittleren Verbrauchergruppe 294,04 DM, 1956 noch 511,65 DM, so heute schon 567,04 DM. Der allgemeine Preisindex der Lebenshaltung stieg von 100 (1950) auf 113 (1956) und 119 (1958). Die Werte können allerdings nicht übertragen oder einfach umgerechnet werden auf einen Studentenhaushalt. Sie stehen hier nur exemplarisch für allgemeine Tendenzen. Bei einer Aufrechnung der Ausgaben eines Studenten heute wird man aber auf jeden Fall mit 198 DM nicht mehr auskommen.

Gerade die übergroße Nachfrage nach Wohnraum hat die Preise der Studentenzimmer besonders in den letzten Jahren hochgetrieben. Für Frankfurt gab uns die Studentenzimmervermittlung als Durchschnittspreise an: Zimmer ohne Heizung, ohne fließendes Wasser 70 DM; mit Heizung (Ofen, Öl, Elektrizität, Heizmaterial zusätzlich selbst zu zahlen) und fließendem Wasser 80 DM; mit Zentralheizung und fließendem Wasser 100 DM. Die Gesamtpreisspanne des Angebote liegt zwischen 35 DM für eine Schlafstelle und 300 DM für ein Doppelzimmer!

Wer bei der Studentischen Zimmervermittlung kein Glück hat muß bei den Vermittlungsbüros und auf dem Zeitungsannoncenmarkt mit überhöhten Mietpreisen rechnen.

Zu diesen Preisen treten Sonderforderungen der Vermieter. Etwa bei 50 % aller Angebote sind bei Damen Herrenbesuche und umgekehrt unerwünscht oder verboten. 10 % der Vermieter haben andere Sonderwünsche: Wochenendfahrer gesucht! Nur streng katholischer Student kommt in Frage, oder nur ein evangelischer! In der letzten Nummer des DISKUS veröffent-

lichten wir bereits eine Bedingung: Gesucht wird bewußt deutsches Mädchen von Lande!

Wir könnten koschalt sein und fragen, wor denn das Geld aus dem Honnefer Modell einstecke. In der Regel ist es die Hausfrau, die sich ein kleines, lukratives Sondergeschäft aus der Vermietung macht. Die Bäckereinnung wird's uns verzeihen: für 70 DM Studenten-Mietgold essen die alten Damen Torte und Schlagsahne und trinken Mokka.

Es zeichnen sich keine Chancen ab für eine Verbesserung dieser Lage. Für nur 8,15 % aller Studierenden gibt es Plätze in Wohnheimen. Die Studentenzahl nimmt pro Semester um etwa fünfzehntausend zu, der Markt an Privatimmern scheint erschöpft. Neubauten mit Kleinwohnungen oder Eigenheimen bieten meistens keine Unterbringungsmöglichkeiten. 250 Millionen DM wären, grob geschätzt, nötig, um die notwendigen Wohnheime zu bauen. (Man errechnet für die Erstellung eines Platzes 1.500 DM).

Auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Bengler (SPD), welche Maßnahmen die Regierung vorgesehen habe, um Studentenwohnungen zu beschaffen, und wie sie den überhöhten Mietförderungen entgegenstehe, erklärte Staatssekretär Dr. Anders von Schatzart, die Preisforderungen bei Untermieträumen mit "der stark gestiegenen Nachfrage nach derartigen Räumen, die auf den verschiedensten Ursachen beruhe. Man dürfe annehmen, daß im Zuge der Erstellung von Neubauten mit größerer Wohnfläche eine Entspannung des Marktes eintrete".

Die Bundesregierung bewilligte 4,5 Millionen DM für den Bau von Studentenwohnheimen für das Jahr 1959. Also - wenig Besserungschancen!

Berücksichtigen wir die allgemeinen Preissteigerungen seit 1956, besonders bei den Mietpreisen, und wollen wir den Studenten nicht ausschließen von den Annehmlichkeiten eines höheren Lebensstandards, was nicht gleich Auto und Fernsehen, aber doch zwei Theaterbesuche im Monat bedeuten soll, so müssen wir für 1959 ein Budget von 250 DM pro Monat aufstellen. Einige Studenten werden mit weniger auskommen, andere werden, ohne dabei zu schlemmen, 300 DM und mehr benötigen. Die meisten werden 250 DM gebrauchen. Die Differenz von Überweisung aus dem Elternhaus oder Konnektzahlung wird man im allgemeinen mit Schnelldienst-Jobs auszugleichen suchen. Drei Stunden Kohlenchippen 7,50 DM!

Besonders unangenehm wird es für diejenigen Studenten, die weder aus dem Honnefer Modell noch von den Eltern Geld bekommen. Dieser Fall ist denkbar, entschließen sich noch andere Universitäten zu dem neuen Auswahlverfahren, welches die Technische Universität Berlin anwenden mußte, um den Fehlbetrag an Förderungsmitteln für das Wintersemester 1958/59 auszugleichen.

An der Technischen Universität Berlin wird im Wintersemester das Los entscheiden, wer von den neuen Bewerbern für eine Studienförderung nach dem Honnefer Modell ein Stipendium erhalten wird. Obwohl durch eine Verlosung der Stipendien Härten überhaupt nicht mehr zu vermeiden sind, konnte sich die Technische Universität Berlin nicht entschließen, die Maßstäbe für eine Zuteilung der Stipendien zu ändern, da durch ein Aufheben der Leistungsförderung oder eine prozentuale Kürzung aller Stipendienbeträge, sowohl der Grundgedanke des "Honnefer Modells" als auch die Richtlinien des Bundesinnenministeriums verletzt würden. Durch die Stipendien-Verlosung soll die Öffentlichkeit demonstrativ aufmerksam gemacht werden, daß die Mittel im Bundeshaushalt unzureichend sind.

Reinefarth

sp - Wie lange wird noch der Fall "Reinefarth" die deutsche und internationale Öffentlichkeit beschäftigen? Dieser frühere SS-General, mit dessen Namen sich die Niederschlagung des Warschauer Aufstandes verknüpft, sitzt heute als Abgeordneter des Gesamtdeutschen Blocks (GDE) im Kieler Landtag. Rednerisch ist er zwar im Landtag noch nicht hervorgetreten, aber schon seine bloße Anwesenheit genügt zur Entfacher heftiger Kontroversen. Um es gleich vorwegzunehmen: Kein SS-General, und mögen seine Hände auch von Blut frei sein, gehört in ein Parlament. Es gereichte dem GDE in Schleswig-Holstein nicht gerade zur Ehre, daß er, mit dem Blick auf Wählerstimmen, einen Mann offerierte, gegen den schwere Beschuldigungen vorliegen, auch wenn sie eine Staatsanwaltschaft nicht zur Kenntnis nehmen wollte. Die Kandidatur und was noch schlimmer ist, die Wahl Reinefarths, war eine Provokation, und sie bleibt es. Nicht nur in Polen hat man sie als solche empfunden, es gibt auch bei uns glücklicherweise viele aufrechte Demokraten, die sich besorgt fragen, wohin wir kommen, wenn wir früheren SS-Generälen - und außerdem noch so unstrittenen - die Gelegenheit zur parlamentarischen Betätigung geben.

Mit dem Namen Reinefarth ist eine der schrecklichsten Tragödien des polnischen Volkes verbunden. Die Erinnerung an die Grausamkeiten, die bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes im Oktober 1944 verübt wurden, ist nicht auszulöschen, sie wird im polnischen Volke lebendig bleiben. Dies allein schon müßte den GDE veranlassen, sich von Reinefarth zu trennen und ihn dorthin zurücksenden, wohin er gehört: in die Anonymität. Aber was geschieht stattdessen? Die Sprecher des GDE stellen sich geschlossen hinter Reinefarth, preisen ihn sogar der deutschen Jugend als ein Vorbild der Tapferkeit an. Und die CDU von Schleswig-Holstein? Sie hat kein Empfinden für die Tragweite dieses Falles, ihr Ministerpräsident, Udo von Hassel, hat sogar den traurigen Mut, einen Mitglied seiner Partei den Mund zu verbieten, weil es öffentlich seiner Empörung über Reinefarth Ausdruck gab.

Kein Vorkünftiger wird einer neuen Hexenjagd das Wort reden. Diese Zeiten sollten vorbei sein. Andererseits kann und darf die deutsche Demokratie es sich nicht leisten, Kärner im öffentlichen Loben zu tolerieren, die im dritten Reich an so hervorragender Stelle wie Reinefarth wirkten. Diese Toleranz gereicht uns allen nicht zur Ehre, sie erweckt bei unseren Nachbarn neues Mißtrauen und gibt der deutschen Jugend kein gutes Beispiel.